

Digitale Arbeitswelt ohne Arbeit? Politische Agenda für Beschäftigung/Gute Arbeit

*Tagung „Digitale Arbeitswelt ohne Arbeit? – Auswirkungen der
Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und politische
Herausforderungen“ am 13.09.2017 an der TU Braunschweig*

*Veranstalter: Kooperationsstelle Hochschulen – Gewerkschaften
Region SüdOstNiedersachsen an der TU Braunschweig, ver.di Bezirk
Region Süd-Ost-Niedersachsen*

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender

[Anrede]

[IAB-Referat aufgreifen, im Folgenden kurzer, ggf. anzupassender Vorschlag; s. auch handschriftliches Skript zur Rede „Wie wir morgen arbeiten“ vor dem Deutschen Städte- und Gemeindebund am 9.3.2017 in Berlin, S. 16ff.]

Die Zahlen des IAB zu möglichen Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt nehmen wir als Gewerkschaft sehr ernst. Denn zum einen ermöglicht der Blick auf Tätigkeiten und Tätigkeitsanteile, anstatt auf Berufe allgemein, einen präziseren Blick auf mögliche künftige Entwicklungen – die natürlich weiterhin offen sind. Aber Horrorzahlen, die Fatalismus und Resignation und am Ende Debatten um ein bedingungsloses Grundeinkommen befeuern – wie die Prognose der Oxforder Wissenschaftler Osborne und Frey für den US-Arbeitsmarkt, dass dort in den kommenden beiden Jahrzehnten 47 Prozent der Jobs durch Digitalisierung gefährdet seien – solche Horrorzahlen entstehen so nicht. Das bedeutet jedoch nicht, sich jetzt beruhig zurücklehnen zu können. Denn der Ansatz des IAB zeigt auch wo die eigentliche Herausforderung liegt. Der Prognose

zufolge werden nicht nur 1,5 Millionen Arbeitsplätze digitalisierungsbedingt bis 2030 entfallen, sondern auch 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze ebenfalls digitalisierungsbedingt entstehen – allerdings mit ganz anderen Anforderungen an Qualifikation und Kompetenzen! Eine Umschichtung in dieser Größenordnung ist alles andere als trivial und dass sie gelingt, ist kein Selbstläufer. Offensichtlich sind Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarfe enorm, und nicht nur eine Frage von Einsicht und gutem Willen, sondern auch von Ressourcen hinsichtlich der dafür benötigten Zeit und erforderlichen Finanzierung. Ob da im sozialpartnerschaftlichen Konsens einvernehmliche Lösungen gefunden werden, darf bezweifelt werden – das Konfliktpotenzial ist groß. Von der Rationalisierungsbedrohten Sachbearbeiterin führt ebenso wenig ein direkter Weg zur gefragten Systemdesignerin, wie vom Lagerarbeiter, der bald durch Roboter ersetzt wird, zum Mechatroniker, der die Roboter steuert oder im Falle eines Fehlers repariert. Ginge es nach manchem, vielleicht sogar der Mehrheit der Arbeitgeber, ist das ein Problem, bei dem die Beschäftigten selber sehen müssen, wie sie damit

zurechtkommen – sie müssten flexibler werden, mehr Eigenverantwortung übernehmen und mehr eigene Ressourcen einbringen: „eine Mehrheit der Betriebe“, so die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände BDA¹, wünsche sich, „dass ihre Beschäftigten mehr Freizeit für die eigene Weiterbildung einbringen“. Dass viele Beschäftigte eher mit Sorge auf die Digitalisierung und künftige Entwicklung der Arbeitswelt schauen, sollte daher nicht verwundern. Es handelt sich hierbei ja nicht um bloße statistische Verschiebungen, sondern um massive Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt von Millionen von Menschen; und zwar sowohl bei denen, deren Arbeitsplätze insgesamt auf dem Spiel stehen, als auch bei denen, deren Arbeitsplatz sich durch die Digitalisierung massiv verändert. Eine politische Agenda für Beschäftigung in Zeiten der Digitalisierung darf nicht den Fehler der Agenda 2010 wiederholen, nach dem Motto „sozial ist, was Arbeit schafft“ Arbeit um jeden Preis zu schaffen, und damit Arbeit zu entwerten, Prekarisierung zu fördern und aufs Neue Millionen von Menschen noch mehr zu verunsichern. Es muss

¹ BDA, Chancen der Digitalisierung nutzen, 2015, S. 9.

um Gute Arbeit gehen, auch um des gesellschaftlichen Zusammenhalts willen.

Gute Arbeit und Digitalisierung, da besteht jetzt schon massiver Handlungsbedarf. Im Prinzip könnte Digitalisierung dazu beitragen, Arbeit in vielerlei Hinsicht zu verbessern. Digitale Kommunikationsmittel ermöglichen für viele Tätigkeiten, dass sie nicht zwangsläufig zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort wie etwa einem Büro erledigt werden müssen. Digitale Informationsverarbeitung kann Arbeitsvorgänge beschleunigen, wie zum Beispiel Aktenrecherche; die daraus resultierende Zeitersparnis könnte zur Verringerung der Arbeitszeit oder wenigstens der Belastung genutzt werden. Das geschieht -- viel zu selten! Der DGB-Index Gute Arbeit hat im vergangenen Jahr (2016) die Beschäftigten, die in hohem oder sehr hohem Maße von Digitalisierung betroffen sind, dazu befragt, wie sie die Digitalisierung der Arbeitswelt erleben. Die Ergebnisse sind alles andere als beruhigend und sollte alle, die sich von der Digitalisierung eine automatische Verbesserung der Arbeitswelt erhoffen, zum Nachdenken bringen. Zwar haben 9 Prozent der Befragten die Frage, ob durch die

Digitalisierung ihre Arbeitsbelastung geringer geworden sei, bejaht. Ok, immerhin. Aber für fast die Hälfte der Befragten – 46 Prozent insgesamt, im Dienstleistungssektor sind es sogar 47 Prozent! – ist die Arbeitsbelastung größer geworden. Das ist auch wenig verwunderlich, wenn 54 Prozent der Befragten berichten, dass durch Digitalisierung die zu bewältigende Arbeitsmenge eher größer geworden ist (nur für 7 Prozent ist sie geringer geworden, für 39 Prozent gleich geblieben), 56 Prozent berichten, durch Digitalisierung sei die Zahl der gleichzeitig zu bewältigenden Vorgänge eher größer geworden (nur für 5 Prozent sei sie geringer geworden, für 39 Prozent gleich geblieben), und 60 Prozent jener, die in hohem bis sehr hohem Maße mit digitalen Mitteln arbeiten, berichten, dass sie sich sehr häufig oder oft bei der Arbeit gehetzt fühlen und unter Zeitdruck stehen (bei jenen, die nicht oder nur in geringem Maße mit digitalen Mitteln arbeiten, sind es „nur“ 51 bzw. 50 Prozent. Statt Entlastung durch Digitalisierung dominieren Intensivierung, Beschleunigung und Verdichtung.

Und zu diesen (psychischen) Belastungsfaktoren ersten Ranges kommen weitere hinzu. 46 Prozent

der Befragten berichten, dass durch die Digitalisierung die Überwachung und Kontrolle ihrer Arbeitsleistung eher größer geworden ist (nur 4 Prozent, dass sie geringer geworden sei und für 50 Prozent sei sie gleichgeblieben). 45 Prozent der von Digitalisierung Betroffenen arbeiten sehr häufig oder oft in dem Gefühl, der digitalen Technik ausgeliefert zu sein, nur 19 Prozent teilen dieses Gefühl überhaupt nicht (selten: 36 Prozent).

[Anrede]

Gute Arbeit in der digitalisierten Welt sieht anders aus. Dass sie sich nicht von selbst ergibt, dürften schon die eben dargestellten, bisherigen Erfahrungen mit der Digitalisierung gezeigt haben. Bei alledem ist festzuhalten: Nicht die Digitalisierung an sich ist das Problem, sondern das, was Menschen daraus machen. Wenn die Digitalisierung zu einem Erfolg für diese Gesellschaft werden soll – was sich ja so ziemlich alle Parteien in diesem Bundestagswahlkampf auf die Fahnen geschrieben haben –, so wird das mit Sicherheit nicht gehen, ohne die Beschäftigten mitzunehmen und für Gute Arbeit zu sorgen.

[hier kann der Abschnitt S. 35-42 der Rede vom 9.3.2017 vorm DStGB angeschlossen werden; das dort hinsichtlich des BMAS-Grünbuch Arbeit 4.0 erwähnte Credo „Wettbewerbsfähigkeit durch Kompromiss“ gilt auch für das BMAS-Weißbuch Arbeit 4.0]

Die Digitalisierung von Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft spielt in diesem Bundestagswahlkampf bei allen Parteien eine zentrale Rolle. Die Akzente sind allerdings denkbar unterschiedlich. Während SPD, Grüne und insbesondere die Linke unter Gestaltung der Digitalisierung in der Arbeitswelt auch Regulierung, Grenzsetzungen und Stärkung von Beschäftigtenrechten verstehen, ohne dabei Innovations- und Wachstumspotenziale der Digitalisierung in Abrede zu stellen, sondern sie vielmehr noch fördern zu wollen, setzen die Unionsparteien und insbesondere die FDP andere Akzente: Klarer Vorrang hat für sie die Förderung der wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung, und zwar nicht nur durch Infrastrukturausbau, Wirtschaftsförderung, Bildung und Qualifizierung, sondern auch durch Schaffung

wirtschaftsförderlicher rechtlicher Rahmenbedingungen. Unter dem Eindruck der zuvor geschilderten bisherigen Tendenzen der Digitalisierung gilt hier erhöhte Wachsamkeit. Die FDP, die auf Wahlplakaten allen Ernstes mit dem Slogan wirbt „Digitalisierung first, Bedenken second“ – also erst einmal der Digitalisierung freien Lauf lassen und dann schauen wir mal, ob es Probleme gibt; man stelle sich so etwas mal übertragen auf Atomkraft oder Gentechnik vor! – scheint sich dabei die Agenda der BDA in besonderem Maße zu eigen gemacht zu haben. Ich zitiere mal aus dem Wahlprogramm:

Wir [also die FDP] „... wollen einen zeitgemäßen Rechtsrahmen für traditionelle und neue Geschäftsmodelle wie die sogenannte Share Economy. [...] Um das Innovationspotenzial der Share Economy zu nutzen, brauchen wir einen passenden Rahmen, der ihr die Freiheit zur Entwicklung lässt. Deshalb wollen wir bestehende Regelungen, etwa zur Personenbeförderung (inklusive Taximarkt) oder zur Nutzung von Wohnraum, zeitgemäß gestalten.“ [Zitat Ende]

Und die FDP führt dazu auch aus, was sie unter einer solchen „zeitgemäßen Gestaltung“ versteht, so das Zitat weiter:

„Im Personenbeförderungsgesetz soll künftig vorgesehen werden, dass die Länder den Kommunen oder bestimmten Regionen die Genehmigung von Personenbeförderungsleistungen außerhalb einer Taxi-Konzessionsvergabe gestatten können. Künftig ist zudem jedem Antragsteller, der über ein polizeiliches Führungszeugnis ohne einschlägige Verurteilungen sowie über eine Insassenversicherung verfügt, ein Personenbeförderungsschein zu erteilen.“

Was auf den ersten Blick vielleicht so scheinbar erfrischend modern und als Liberalisierung daherkommt, wäre in Wahrheit nichts anderes als ein Siebenmeilenschritt – und zwar zurück in die dunkle Vergangenheit frühkapitalistischer (und vordemokratischer) Verhältnisse: Die nahezu komplette Informalisierung, Deregulierung und soziale Entsicherung eines Gewerbes, dessen Arbeits- und Sozialstandards ohnehin schon unter Druck stehen. Wenn politische Antworten auf die

Digitalisierung so aussehen, dann wird damit ein „erfolgreicher Beitrag“ zur weiteren Verunsicherung der Menschen, zur Polarisierung in der Arbeitswelt und zur Entsolidarisierung geleistet. Aus dieser Gemengelage können dann Rechtspopulisten Honig saugen und den so genährten sozialen Unmut gegen noch Schwächere und Außenseiter richten – sozialer Protest nach rechts gewendet. Dem stellen wir uns entschieden entgegen, nicht nur an der Oberfläche, sondern an den Wurzeln: Deshalb kämpfen wir vehement für neue Sicherheit der Arbeit, für soziale Gerechtigkeit mit Stärkung der gesetzlichen Rente und der Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und für einen handlungsfähigen Staat, der durch ein gerechtes Steuersystem auskömmlich finanziert wird!